

Inhaltsverzeichnis

1. BfR
2. International Life Science Institute
3. Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse
4. EFSA
5. Monsanto
6. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
7. Bayer
8. BASF
9. Verband der Chemischen Industrie

Bundesinstitut für Risikobewertung

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) erarbeitet Gutachten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zur Sicherheit von Chemikalien und Produkten. Es nimmt weiterhin die Aufgaben des [Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren](#) (Bf3R) wahr.

In die Kritik geraten ist das BfR wegen teils gravierender Interessenkonflikte von Mitgliedern der beratenden BfR-Expertenkommissionen. Als problematisch galten die engen Kontakte einiger Kommissionsmitglieder zum [ILSI](#), einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie und die Mitgliedschaft von MitarbeiterInnen von Pestizidherstellern in der BfR-Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" (jetzige Bezeichnung: "Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte"), wo diese weiterhin präsent sind.

Bewertungen des Instituts sind von Wissenschaftlern als mit Mängeln behaftet und wissenschaftlich inakzeptabel bezeichnet worden. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung, die im September 2017 veröffentlicht wurden, hat das Institut bei der Bewertung von Glyphosat Einschätzungen der Industrie nahezu wortwörtlich übernommen, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)



Bundesinstitut für Risikobewertung

Hauptsitz	Berlin
Gründung	2002
Tätigkeitsber	Bewertung von Risiken für den eich
	Menschen
Mitarbeiter	1.112, davon 516 Wissenschaftler
Etat	130 Mio. € (2022)
Webadresse	www.bfr.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgaben	3
2 Risikokommunikation	3
3 Seitenwechsel	3
4 Fallstudien und Kritik	3
4.1 2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"	3
4.2 2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden	4
4.3 2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung	4
4.4 2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung	4
4.5 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	5
4.6 2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie	6
4.7 2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?	6
5 Organisationsstruktur und Personal	7
5.1 Präsidium	7
5.2 Wissenschaftlicher Beirat des BfR	7
5.3 BfR-Kommissionen ^[19]	7
6 Finanzen	9
7 Weiterführende Informationen	9
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
9 Einelnachweise	9

Aufgaben

Zentrale Aufgabe des BfR ist die wissenschaftliche Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Stoffen und Produkten als Grundlage für den gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung. Das Institut hat keine Überwachungsfunktion. Es ist aber in eine Reihe von Anmelde- und Zulassungsverfahren eingebunden. Das BfR ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Risikokommunikation

Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis wird in einer [Broschüre](#) erläutert. Hierzu gehört ein Stakeholderspezifischer Dialog sowie anlassbezogene Gespräche mit Verbänden, Stiftungen, Vereinen bzw. Interessengemeinschaften.

Seitenwechsel

- Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das BfR und wechselte zum [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#), wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.^[1] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Fallstudien und Kritik

2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"

Nach dem globalen Tabakkontroll-Abkommen, das auch Deutschland unterschrieben hat, sollen Kontakte zwischen der Branche und der Politik, inklusive ihrer Behörden, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.^[2] Laut der Studie [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland](#) gab es im Berichtszeitraum nicht notwendige Interaktionen zwischen der Tabakindustrie oder ihr nahestehenden Gruppen und Mirabeiter:innen des BfR, die wie folgt beschrieben werden:

„Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) lädt Tabakindustrie zu 22. BfR-Forum Verbraucherschutz im April 2022 ein - Thema: „Chancen und Risiken der E-Zigarette“: Nach einer Anfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zu dieser Hybrid-Veranstaltung erklärte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass es drei Lobbygruppen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie (Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, BVTE; Bündnis für Tabakfreien Genuss, BfTG; und Verband des E-Zigarettenhandels, VdeH) zur Teilnahme eingeladen habe. Schließlich meldeten sich Personen von 29 Unternehmen oder Verbänden der Tabakindustrie, der E-Zigarettenindustrie oder verwandter Branchen an und durften teilnehmen, darunter Mitarbeitende aller großen Tabakkonzerne in Deutschland, Branchenverbände und verschiedene Lobbyorganisationen. Ein Vertreter einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG), Dustin Dahlmann, war Podiumsteilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde. Frank Henkler-Stephani, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung, der 2021 zur Tabak- und E-Zigaretten-Lobbygruppe Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) wechselte, beteiligte sich aktiv als Teil des Publikums an der Diskussion. In seinem Schreiben an uns erwähnte das Institut, dass Industrieverbände wiederholt schriftlich um eine Möglichkeit zum Austausch gebeten hätten. Es erklärte,

dass es die Bestimmungen von Artikel 5.3 im Vorfeld erörtert habe und dass es nicht beabsichtige, dieses Veranstaltungsformat in Zukunft zu ändern und es „der gesamten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen“ solle. Es ist überzeugt, dass die Veranstaltung gezeigt hat, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) trotz der Teilnahme von Industriegruppen „unabhängig von Interessen der Herstellerverbände seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt“. Auf seiner Webseite schreibt das Institut: „Um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, tauscht sich das BfR mit allen relevanten Stakeholdern (NGO, Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien) aus.“ In einem weiteren Schreiben an das Deutsche Krebsforschungszentrum erklärt das Institut, dass es in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Treffen mit der Tabakindustrie gegeben habe, erklärt aber, dass es im August 2020 ein Treffen mit dem Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE), dem Bündnis für Tabakfreien Genuss (BfTG) und dem Verband des E-Zigarettenhandels (VdeH) zum Thema E-Zigaretten und orale Nikotinprodukte durchgeführt habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Im Rahmen seiner Präventionsstrategie hat das BfR auch Kontakt zu Industrieverbänden. [...] Über diese Kontakte berichtet das BfR auch in einer online verfügbaren Broschüre über ‚Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis‘. [...] Die Tabakverbände sind hier noch nicht aufgelistet, da es hier keine regelmäßigen Gespräche gibt.“

Darüber hinaus nahm Elke Pieper, eine Mitarbeiterin des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in den Jahren 2020 und 2022 als Vertreterin des BfR an Podiumsdiskussionen teil, die vom Online-Magazin egarage.de organisiert und vom Bündnis für tabakfreien Genuss, einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, gesponsert wurden. Weitere Podiumsteilnehmende bei diesen Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages“

2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden

Nach einer am 12. Mai 2021 veröffentlichten Entscheidung des OLG Düsseldorf durfte das von der Initiative FragDenStaat angeforderte Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung zu Glyphosat im Internet veröffentlicht werden.^[3] Die Veröffentlichung des Gutachtens stelle keine Urheberrechtsverletzung dar.

2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[4] Die EFSA begründet - wie das das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die EFSA daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung

Das BfR hat im Januar 2015 einen Bericht über das Herbizid Glyphosat angefertigt, welcher an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übermittelt wurde. Laut einem Schreiben der EU-Kommission an die Nichtregierungsorganisation *Testbiotech* unterliegt der Bericht vollständig der Geheimhaltung und darf nicht veröffentlicht werden. Gleichzeitig hatten Monsanto und andere Hersteller

von Glyphosat Zugang zu einem aktuellen Entwurf des Berichtes.^[5] Auf der Grundlage des Berichts hat die EFSA empfohlen, Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet. ^[6] Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.^[7] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt". ^[8]

Recherchen der Süddeutschen Zeitung (SZ) zeigen, dass das BfR bei seiner Risikoanalyse von Glyphosat Einschätzungen der Industrie übernommen hat, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.^[9] Die Behauptung des BfR, es habe im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung von Glyphosat mehr als 1000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen umfassend geprüft und ausgewertet, treffe nicht zu. Vielmehr gebe es Hinweise, dass die Behörde schlicht die Standpunkte der Hersteller nahezu wortwörtlich übernommen habe. Dies zeige der Vergleich von Textpassagen aus dem von der Industrie eingereichten Dossier mit dem BfR-Bewertungsbericht zu Glyphosat. Wenn kritische Studien von der Industrie als unbrauchbar bezeichnet würden, dann wäre eigentlich zu erwarten, dass die Behörden diese Einschätzung besonders gründlich prüften. Dies sei jedoch nicht geschehen. Vielmehr seien Bewertungen der Industrie nahezu wortwörtlich wiedergegeben worden; eigene Bewertungen, die von der Behörde selbst stammten, suche man vergeblich. Laut SZ hat das BfR auf diese Weise in den letzten 15 Jahren fast alle unabhängigen Studien zu Krebsrisiken "bewertet".^[10] Das BfR habe sich zu den konkreten Vorwürfen nicht geäußert, sondern lediglich erklärt, es habe alle relevanten und verfügbaren Studien sorgfältig und detailliert in eigener Verantwortung geprüft und bewertet. Am 5.10.2017 hat das BfR in einer Presseerklärung die Plagiatsvorwürfe zurückgewiesen.^[11]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das **Europäische Parlament** hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrinen Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das BfR argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".^[12] Laut einem Spiegel-Bericht aus dem Jahr 2015 beauftragt die **EU-Kommission** auch die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (EFSA), eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten.^[13] Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme war, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. Laut dem zitierten Spiegel-Bericht erschien kurz vor Fertigstellung der Efsa-Einschätzung ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen (Unep) zum selben Thema. Das Ergebnis lautete kurz zusammengefasst: Endokrine Disruptoren stellen "eine globale Bedrohung" dar und müssten reguliert werden". Im Jahr 2015 stellte der Europäische Gerichtshof in einem Urteil fest, dass die Europäische Kommission mit ihrer Untätigkeit das EU-Recht missachtet habe.^[14] Darauf kündigte diese 2016 die lang ersehnten wissenschaftlichen Kriterien an, wie hormonaktive Substanzen zu erkennen seien.

2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie

Das Insektizid Chlorpyrifos, das gegen Ameisen eingesetzt wird, ist in den USA seit 2001 für den Haus- und Gartenbedarf verboten. Der Grund: Chlorpyrifos sei gesundheitsgefährdend. Bei uns ist es zugelassen, frei verkäuflich und eines der meist verkauften Insektizide.

Zuständig für die Begutachtung des umstrittenen Ameisenmittels ist das BfR. Das BfR verweist auf Studien, die angeblich die Ungefährlichkeit des Ameisenengiftes nachweisen. Report MÜNCHEN fand heraus, dass solche Studien von der Pflanzenschutz-Industrie meist selbst in Auftrag gegeben und in der Regel auch bezahlt werden. Es sind sogenannte "Graue Studien". Diese sind nicht veröffentlicht worden und können von unabhängigen Forschern oft gar nicht überprüft werden. Report MÜNCHEN stellt fest, dass einige der ExpertInnen der zuständigen **Kommission für Pflanzenschutzmittel** direkt aus der Pestizid-Industrie kommen - 2 sind von [Bayer](#), einer von [BASF](#) und einer arbeitet für [Syngenta](#). Im Laufe der Report MÜNCHEN - Recherchen hat das BfR bekannt gegeben, dass es jetzt eine erneute Überprüfung der Ameisenmittel mit Chlorpyrifos fordert. [\[15\]](#)

2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?

Die **BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel** hat sich intensiv damit befasst, ob DNA-Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in tierisches Gewebe übergehen können.

Da die Einschätzung dieser Frage unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzeichnungspflicht von mit Gentechnik hergestellten tierischen Produkten hat, ist diese Thematik für den Verbraucher von besonderer Relevanz. Bereits 2004 befassten sich 3 Experten der Kommission mit diesem Thema und kamen zu dem Ergebnis, dass "kein Übergang von gentechnisch veränderten Komponenten" nachweisbar ist. Anders lautende Studien, so stellten die Autoren damals fest, lägen nicht vor. Diese Stellungnahme war eine direkte Reaktion auf einen Bericht von [Greenpeace](#) aus dem selben Jahr, der sich auf eine Studie der Uni München bezog, welche DNA-Abschnitte aus genetisch veränderten Futterpflanzen in tierischen Gewebe festgestellt hatte.

Trotz zahlreicher in den Folgejahren veröffentlichter Studien, die eine Kontamination von tierischem Gewebe mit DNA-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen nachwiesen, blieben die BfR-Experten bei ihrer Einschätzung. Eine Publikation italienischer Wissenschaftler (Tudisco et al., 2010) nahm die BfR-Kommission schließlich zum Anlass sich erneut mit dieser Thematik zu befassen. Nach "kritischer Prüfung" kam die Kommission zu der Einschätzung, "dass sich aus der Studie keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich eines Transfers rekombinanter DNA aus gentechnisch veränderten Pflanzen auf höhere Tiere und dessen potentielle Auswirkungen ableiten lassen." Lediglich mit einem Satz räumen die Experten des BfR in ihrer 5-seitigen Stellungnahme ein, dass sich die Sachlage gegenüber dem Kenntnisstand von 2004 tatsächlich verändert hat. [\[16\]](#)

Was das für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bedeutet, kann derzeit schwer abgeschätzt werden. Trotzdem gelangte die Expertenkommission zur Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen nötig seien.

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Präsident Andreas Hensel

Vizepräsidentin Tanja Schwerdtle

(Stand: November 2023) Quelle: [17]

Wissenschaftlicher Beirat des BfR

Der Wissenschaftliche Beirat des BfR setzt sich aus 17 WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen. Er hat vorrangig die Aufgabe, das BfR bei seiner Schwerpunktsetzung in der Forschung zu beraten. Zudem berät er das BfR bei der Besetzung der BfR-Kommissionen. [18]

BfR-Kommissionen [19]

Die Mitglieder der BfR-Kommissionen sollen als externe, unabhängige Sachverständige die Arbeit des BfR unterstützen.

BfR-Kommission	Mitglieder
Bedarfsgegenstände	
Bewertung von Vergiftungen	
Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)	Mitglieder sind u.a. [20]: Barbara Birks, BASF ; Julia Scheel, Röhm AG (Anbieter der Methacryl-Chemie); Bernward Gasthoff, Geschäftsführer der Bio Clustermanagement NRW GmbH, ehem. Bayer -Manager, 2006-2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie (VCI) [21]
Biologische Gefahren und Hygiene	
Ernährungsrisiken, neuartige Lebensmittel	

BfR-Kommission	Mitglieder
und Allergien	
Evidenzbasierte Methoden in der Risikobewertung	
Futtermittel und Tierernährung	
Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel	Mitglieder sind u.a. ^[22] : Hermann-Josef Baaken, Sprecher der Geschäftsführung des Verbands Tiernahrung e.V., CDU-Kommunalpolitiker, ehem. Lobbyist bei Bayer CropScience ^[23] ; Johannes Meyer, HMO Global Regulatory Affairs Associate Partner beim Biotechnologieunternehmen Chr. Hansen GmbH; Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der BioMath GmbH.
Kontaminanten in der Lebensmittelkette	
Kosmetische Mittel	
Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte	Von den Mitgliedern sind zwei bei der BASF und je eine Person bei Bayer SAS , Thor GmbH, Syngenta Crop Protection AG und Stockmeier Chemie beschäftigt ^[24]
Risikoforschung und Risikowarnnung	
Tätowiermittel	
Wein- und Fruchtsaftanalysen	

Das BfR ist der nationale Partner der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit \(EFSA\)](#).

Finanzen

Das Budget des BfR beträgt 130 Mio. € (Stand 2022)^[25]

Weiterführende Informationen

- [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft, Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017](#)
- Die aktualisierte Studie von "TestBiotech" zum Einfluss der Industrie auf das BfR lautet: [Andreas Bauer-Panskus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit, Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023](#), dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
2. ↑ [Wie 90 Tabak-Lobbyisten Behörden und Politiker beeinflussen](#), sueddeutschce.de vom 14.11.2023, abgerufen am 25.11.2023
3. ↑ [Kein „Zensurrecht“ bei Veröffentlichungen des Glyphosat-Gutachtens](#), lto.de vom 12.05.2021, abgerufen am 12.05.2021
4. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
5. ↑ [EU-Kommission stuft Bericht über Glyphosat als geheim ein ... Testbiotech](#) vom 18.08.2015, abgerufen am 24.08.2015
6. ↑ [Wahrscheinlich \(nicht\) krebsverregend](#) Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
7. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03. 12. 2015
8. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30. November 2015 , abgerufen am 03. 12. 2015
9. ↑ [Neue Zweifel am Urteil](#), sueddeutsche. de vom 17.09.2017, abgerufen am 19.09.2017
10. ↑ [Wenn Monsanto die Risiken einfach selbst bewertet](#), sueddeutsche.de vom 22.09.2017, abgerufen am 23.09.2017
11. ↑ [Haltlose Vorwürfe gegen wissenschaftliche Bewertungsbehörden](#), bfr.bund.de vom 05.10.2017
12. ↑ [BfR-Positionspapier \(engl.\): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH](#) BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015

13. ↑ [EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#) Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
14. ↑ [Lobby Planet Brüssel, Deutsche Ausgabe: September 2017, S. 143](#)
15. ↑ [Wie unabhängig sind Experten des Bundesinstituts für Risikobewertung? report MÜNCHEN](#) vom 07.08.2012, abgerufen am 12.06.2013
16. ↑ [Webseite BfR - Gentransfer aus Futterpflanzen auf höhere Tiere](#), abgerufen am 24.05.2012
17. ↑ [Webseite BfR - Präsidium](#), abgerufen am 20.11.2023
18. ↑ [Webseite BfR - Wissenschaftlicher Beirat](#), abgerufen am 23.11.2023
19. ↑ [Webseite BfR - Kommissionen](#), abgerufen am 03.06.2017
20. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 5.11.2023
21. ↑ [Expertise](#), bgb-beratung.de, abgerufen am 25.11.2023
22. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 21.11.2023
24. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ [Webseite BfR - Zahlen und Fakten](#), abgerufen am 21.11.2023

International Life Science Institute

Weiterleitung nach:

- [International Life Sciences Institute](#)

Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse

Der Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) ist der Spitzenverband der deutschen [Tabakwirtschaft](#) in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Der Verband vertritt und fördert nach eigener Aussage „produktübergreifend die Interessen der gesamten Wertschöpfungskette der Branche für das Rauchen, Dampfen sowie oralen Tabak- und Nikotingenuss“.^[1] Tatsächlich vertritt der Verband aber primär die konventionelle Tabakindustrie. Große Unternehmen wie British American Tobacco, Reemtsma und JT International, welche zusammen über einen Marktanteil von 49,4% auf dem deutschen Tabakmarkt verfügen (Stand 2021), sind Mitglieder des Verbands.^[2] Andere relevante Akteure wie der Marktführer [Philip Morris](#) (Marktanteil 37,1%), der Bundesverband der

Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsber eich	Interessenvertretung der Tabakwirtschaft
Gründungsda tum	2019
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	Unter den Linden 42, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	/ bvte.de

Zigarrenindustrie oder das Bündnis für tabakfreien Genuss (Interessenverband der E-Zigaretten) sind hingegen keine Mitglieder. Die vor der Gründung des BTVE größte Interessenvertretung der Tabakindustrie, der [Deutsche Zigarettenverband \(DZV\)](#), wurde als Mitglied in den neuen Dachverband aufgenommen. Die beiden Verbände haben die gleiche Geschäftsstelle, einen ähnlichen Vorstand und den gleichen Geschäftsführer. Ihre Interessen können als deckungsgleich eingeschätzt werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	11
1.1	Gleichsetzung von konventionellen und neuartigen Produkten	12
1.2	Imageverbesserung durch karitative Projekte	12
1.3	Mitgliedschaften (Auswahl)	12
2	Tabaksteuerreform 2022-2026	12
3	Geschichte	13
4	Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	13
5	Seitenwechsler	14
5.1	Jan Mücke, Geschäftsführer	14
5.2	Frank Henkler-Stephanie, Senior Director Tobacco Harm	14
5.3	Mitglieder	14
5.4	Verbindung zum Prometheus-Freiheitsinstitut	15
6	Weitere Verbände und Initiativen der Tabakwirtschaft und der E-Zigarettenindustrie-Branche	15
6.1	Tabakwirtschaft	15
6.2	E-Zigaretten-Branche	15
7	Weiterführende Informationen	15
8	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
9	Einelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

Die deutsche Tabaklobby verfügt im (europäischen) Vergleich über einen hohen Einfluss und gilt als wenig reguliert. Der regelmäßig erscheinende Tobacco Control Scale, eine unabhängige Bewertung der Tabakkontrolle in europäischen Staaten, bewertete die deutsche Tabakkontrolle als extrem ungenügend und mit Platz 36 von 36 im europäischen Vergleich. [\[3\]](#)

Nachdem die globale Tabakwirtschaft jahrzehntelang versucht hat, Zweifel an der Gesundheitsschädlichkeit ihrer Produkte zu säen und Wissenschaftler anheuerte, um dieses Vorhaben mit Studien zu unterstützen [\[4\]](#), hat sich die Strategie mittlerweile verändert: Der BTVE gibt auf seiner Webseite ein Bekenntnis zu Themen wie Umwelt- oder Jugendschutz ab. [\[5\]](#)[\[2\]](#)

Gleichsetzung von konventionellen und neuartigen Produkten

Der Verband setzt sich für eine gleichmäßige Besteuerung von konventionellen Produkten und neuartigen Tabakersatzprodukten ein, welche wesentlich weniger schädlich sind. Entgegen dem Namen vertritt der Verband primär die Interessen der konventionellen Tabakindustrie statt jene der wesentlich weniger gesundheitsschädlichen Alternativprodukte. Eine gleiche Besteuerung führe nämlich im Interesse der konventionellen Nikotinindustrie viele Verbraucher zu konventionellen Produkten zurück, da der finanzielle Vorteil für alternative, weniger gesundheitsschädliche Produkte nicht mehr gegeben wäre.^[6]

Imageverbesserung durch karitative Projekte

Die Tabakkonzerne versuchen verstärkt, durch karitative Projekte ihre "soziale Unternehmensverantwortung" unter Beweis zu stellen. So vergab zum Beispiel die Firma Reemstma von 2007-2018 den *Liberty Award*, einen Preis für Auslandskorrespondent:innen, die sich besonders um die Freiheit bemüht haben.^[7] Diese und andere Fördermaßnahmen werden in großformatigen Anzeigen in Parteizeitungen präsentiert - obwohl Tabakwerbung seit Anfang 2007 in bundesdeutschen Printmedien verboten ist. Die Parteien ignorieren dieses Verbot jedoch mit der Begründung, bei den Inseraten wie dem Liberty Award handele es sich schließlich nicht um Produktwerbung - wie etwa bei der Reemtsma-Reklame für Gauloses ("Liberté toujours") - , sondern um Imagewerbung für das Unternehmen.^[7] Solche indirekten Formen der [Parteienfinanzierung](#) sind gängige Praxis der Tabakunternehmer.

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Tobacco Europe](#)

Tabaksteuerreform 2022-2026

Am 10. Juni 2021 hat der Bundestag der Reform der Tabaksteuer zugestimmt. Konkret wurde dabei festgelegt, dass E-Zigaretten und Tabakerhitzer von nun an nicht mehr von der Umsatzsteuer, sondern wie konventionelle Tabakprodukte besteuert werden. Außerdem soll die Tabaksteuer jährlich schrittweise erhöht werden: Um rund 10 bis 15 Cent pro Schachtel und Jahr.^[8] Dies ist sehr im Interesse der Tabaklobby, da dadurch ein sprunghafter Anstieg der Tabaksteuer verhindert wird, wie es zum Beispiel in Australien oder Großbritannien geschehen ist. Die dortigen Preisschocks sorgten dafür, dass viele Raucher:innen mit dem Rauchen aufhörten oder auf alternative Produkte umstiegen.^[9]

Der BVTE hat erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung genommen. Dem Spiegel zufolge haben sich Tabaklobbyisten mindestens zwölf mal mit hohen Ministerialvertretern des für die Besteuerung zuständigen Finanzministeriums (unter dem damaligen Minister Olaf Scholz) getroffen.^[9] Im Zentrum der Verhandlungen standen dabei Rolf Bösinger, zuständiger SPD-Staatssekretär für die Tabaksteuer und Jan Mücke, Geschäftsführer des BVTE und als Seitenwechsler ehemaliger FDP-Politiker (siehe Seitenwechsler Jan Mücke).

Es sei laut den Journalisten Christian Reiermann und Claus Hecking außerdem problematisch, dass sich die Bundesregierung im Gegensatz zu Vertretern des BVTE und anderen Interessenvertretungen der [Tabaklobby](#) überhaupt nicht von Vertretern von Gesundheits-, Ärzte-, Anti-Tabak- oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Organisationen beraten lassen hat.^[9] Insofern liege eine Beeinflussung der Gesetzgebung seitens der Tabakindustrie nahe, vor allem da ein Bündnis von etwa fünfzig Gesundheitsorganisationen und Hilfswerken in ihrer „Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040“ eine drastische Erhöhung der Besteuerung von Tabakprodukten fordern^[10].

Das Bündnis für tabakfreien Genuss, eine Interessenvertretung der Unternehmen für E-Zigaretten-Liquids, hält die steuerliche Gleichsetzung von konventionellen Tabakprodukten und neuartigeren, wesentlich weniger gesundheitsschädlichen Produkten für verfassungswidrig, weil der unterschiedliche Grad an Gesundheitsrisiko nicht berücksichtigt wird^[11] Das Bündnis hat deshalb angekündigt, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen.

Als die Tabakexpertin Laura Graen Auskunft zu dem Tabaksteuermodernisierungsgesetz nach dem Informationsfreiheitsgesetz begehrte, wies das Finanzministerium ihren Antrag ab.^[9] Die Begründung lautete folgendermaßen: „Das BMF könnte so in der Wahrnehmung seiner Aufgaben, d. h. insbesondere im Hinblick auf den Dialogprozess mit unterschiedlichsten Externen, stark beeinträchtigt werden“.

Laut einem von Heino Stöver, Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfur University of Applied Sciences, organisierten Online-Symposium setze das Tabaksteuermodernisierungsgesetz die vollkommen falschen Signale, um Deutschland bis 2040 rauchfrei zu bekommen.^[12]

Geschichte

Der BVTE wurde am 2. September 2019 in Berlin als neuer Branchen-Dachverband für die Tabakwirtschaft in Deutschland gegründet^[13] Die Neugründung wurde vor allem wegen zwei Motiven durchgeführt: Erstens aufgrund von alternativen neuartigen Konkurrenzprodukten zu konventionellen Tabakprodukten, welche die Marktsituation nachhaltig verändern werden. Andererseits wegen dem größerer öffentlicher Gesundheitsbewusstsein und einer sich verändernden öffentlichen Grundhaltung bezüglich Tabakprodukten.^[14] Der Verband versucht sich somit ein moderneres und gesundheitsbewussteres Image zu geben. Aufgrund der sich veränderten Marktsituation wollte der BVTE außerdem möglichst alle Interessen der Branche in einem Verband bündeln, was ihm jedoch nur teilweise gelungen ist (siehe Kurzbeschreibung). Die Strategien und Ziele der Tabaklobby haben sich jedoch trotz des neuen Verbandes und einer moderneren Aufmachung nicht verändert.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Verein fungiert als Branchen-Dachverband für die Tabakwirtschaft in Deutschland. Der vorherige Dachverband, der [Deutscher Zigarettenverband \(DZV\)](#), wurde als Mitglied in den BTVE aufgenommen.

Seitenwechsler

Jan Mücke, Geschäftsführer

Aktueller Geschäftsführer ist Jan Mücke, ein [Seitenwechsler](#). Vor seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des BVTE war er bereits Geschäftsführer des Deutschen Zigarettenverbands (er führt diese Tätigkeit weiterhin aus). Die Öffentlichkeit erfuhr damals erst mit zwei Monaten Verspätung vom Seitenwechsel des Geschäftsführers und Sprechers Mücke – nämlich kurz nach der Landtagswahl in Mückes Heimat Sachsen am 31. August 2014. Der ehemalige FDP-Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium trat seinen neuen Job beim DZV bereits am 1. Juli 2014 an - diese Information wurde jedoch bis mehrere Wochen nach der sächsischen Landtagswahl zurück gehalten.^[15] Mücke war seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags und bis zu seiner Ernennung als Staatssekretär der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und deren Sprecher für Infrastruktur und Luftfahrt. Der BVTE profitiert von den politischen Kontakten Mückes (siehe Tabaksteuerreform 2022).

Frank Henkler-Stephanie, Senior Director Tobacco Harm

Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (Bfr) und wechselte zum BVTE, wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.^[16] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Mitglieder

Folgende Unternehmen und Verbände sind als ordentliche Mitglieder gelistet^[17]:

- British American Tobacco GmbH
- [Deutscher Zigarettenverband](#)
- GIZEH Raucherbedarf GmbH
- Heintz von Landewyck GmbH
- Joh. Wilh. Von Eicken GmbH
- JT International Germany GmbH
- Niko Liquids GmbH
- PMS Perfect Media Solutions GmbH
- Quantus Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft mbH
- Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH
- Riccardo Retail GmbH
- Swedish Match AB
- TMCC Tobacco Management & Consulting GmbH

Folgende Unternehmen und Verbände sind als Partnermitglieder gelistet^[17]:

- Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V. (BDT)
- Die Tabak Zeitung
- Hauni Maschinenbau GmbH
- Verband Deutscher Wasserpfeifentabak-Manufakturen und Händler e.V.

- Verband der Zigarettenpapier verarbeitenden Industrie e.V.

Verbindung zum Prometheus-Freiheitsinstitut

Der BVTE bewirbt auf seiner Webseite den Podcast "Gestalten" des Prometheus-Freiheitsinstitut^[18]. Dies ist eine als libertär geltende Denkfabrik, welche von dem FDP-Bundestagsabgeordneten [Frank Schäffler](#) gegründet wurde.

Weitere Verbände und Initiativen der Tabakwirtschaft und der E-Zigarettenindustrie-Branche

Tabakwirtschaft

- Deutscher Zigarettenverband
- Verband der deutschen Rauchtabakindustrie (VdR)
- Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V. (BdZ)
- Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenhersteller (BDTA)
- Bundesverband des Tabakwareneinzelhandels (BTWE)
- Bundesverband deutscher Tabakpflanzer e.V. (BdT)

E-Zigaretten-Branche

- Bündnis für Tabakfreien Genuss
- Bundesverband Rauchfreie Alternative
- Verband des eZigarettenhandels (VdEH)
- [World Vapers' Alliance](#), die vom [Consumer Choice Center](#) gegründet wurde und von diesem finanziert wird. Weitere Informationen über die Lobbyorganisation sind [hier](#) abrufbar.

Weiterführende Informationen

- [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023](#), Hrsg. Deutsches Krebsforschungszentrum

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Über den BVTE](#), bvte.de, abgerufen am 17.02.2022
2. ↑ [2,02,1 2021 Tobacco Industry Interference Index](#), Unifairtobacco 2021, abgerufen am 17.02.2022
3. ↑ [The Tobacco Control Scale 2019 in Europe](#), Tobacco Control Scale, abgerufen am 17.02.2022

4. ↑ [Manufacturing Uncertainty: Contested Science and the Protection of the Public's Health and Environment](#) aphapublications.org, abgerufen am 25.02.2022
5. ↑ [Unser Engagement für eine saubere Umwelt](#) bvte.de, abgerufen am 25.02.2022
6. ↑ [Tabaksteuer 2022- was ist neu](#), Tabaksteuer.de, abgerufen am 17.02.2022
7. ↑ [7,07,1 Reemstma liberty award](#), liberty-award.de, aufgerufen am 17.02.2022
8. ↑ [Bundestag erhöht die Tabaksteuer](#), bundestag.de, abgerufen am 17.02.2022
9. ↑ [9,09,19,29,3 Wie Olaf Scholz die Tabaklobby glücklich machte](#) Spiegel.de 2021, abgerufen am 17.02.2022
10. ↑ [Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040](#) dfkz.de, abgerufen am 17.02.2022
11. ↑ [E-Zigarettensteuer trotz Anpassung höchst problematisch- BfTG strebt Verfassungsbeschwerde an](#), Tabakfreiergenuss.org, abgerufen am 25.02.2022
12. ↑ [Wissenschaftler: Deutschlands Irrweg mit Tabaksteuern und Ausstiegsmanie](#) aertzezeitung.de, abgerufen am 09.03.2022
13. ↑ [Über den BVTE](#) bvte.de, abgerufen am 17.02.2022
14. ↑ [Tabaklobby nimmt sich der E-Zigarette an](#) aertzezeitung.de, abgerufen am 17.02.2022
15. ↑ [Jan Mücke ist jetzt Tabak-Lobbyist](#), saechsische.de, abgerufen am 17.02.2022
16. ↑ [Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023](#), dfkz.de, abgerufen am 21.11.2023
17. ↑ [17,017,1 Über den BVTE: Mitglieder](#), BVTE.de, aufgerufen am 17.02.2022
18. ↑ [BVTE bewegt](#), bvte.de, abgerufen am 25.02.2022.

EFSA

Weiterleitung nach:

- [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#)

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von [Bayer](#) übernommen worden. Mit der Übernahme wird [Bayer](#) zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut. [\[1\]](#)[Bayer](#) wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „*Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer*

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsantode

die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“ [2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	17
1.1	Deutschland	17
1.2	Europäische Union (EU)	18
1.3	USA	18
1.4	International	18
2	Fallbeispiele und Kritik	19
2.1	Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	19
2.1.1	Debatte über Verbot von Glyphosat	19
2.1.2	Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	20
2.2	2016: Tribunal gegen Monsanto	23
2.3	2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	23
2.4	2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	23
2.5	2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	23
2.6	2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	24
2.7	2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	24
3	Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	24
4	Weiterführende Informationen	24
5	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
6	Einelnachweise	25

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#), hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen. [3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung](#) (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug ^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört, dessen Präsident [Joachim Rukwied](#) Vorstandsvorsitzender des Forums ist. ^[6]^[7] Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe. ^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände [European Seed Association](#) und [EuropaBio](#) sowie Mitglied des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). Weiterhin ist es in der [Glyphosat Task Force](#) (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiederzulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben. ^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen. ^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen. ^[11]^[12]

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). ^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstuft.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen in Frage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.
[\[22\]](#)

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen. [\[24\]](#) Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus. [\[25\]](#)

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist. [\[26\]](#) Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken. [\[27\]](#) Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll. [\[28\]](#) So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien. [\[29\]](#) Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern. [\[30\]](#) Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu. [\[31\]](#)

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern. [\[32\]](#) Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapabgeordnete hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll. [\[33\]](#) Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus

eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliardenschäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäisches Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schäden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t

Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario.

Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht

dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen.^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte.^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkennbar, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederzulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien.^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britischen Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto.^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet.^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots.^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsantos wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsantos Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse. [\[46\]](#)

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde. [\[47\]](#) Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Markttöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist. [\[48\]](#)

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern. [\[49\]](#)

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen. [\[50\]](#)[\[51\]](#)

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen. [\[52\]](#)

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- [Eintrag zu Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- [Eintrag zu Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- [Marie-Monique Robin \(2008\): Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert](#)
- [Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss \(2010\): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ [Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ [Zusammenfassung dieser Debatte: EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebsfördernd ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ [17.017,1 EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020

24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ [40,040,1](#) Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280-284
41. ↑ [Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. \(2014\) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 \(5\)](#), S. 327-331
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfuonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), monsantotribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020

51. ↑ William Engdahl: [Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau, [lobbycontrol.de](#) vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (EFSA, engl. European Food Safety Authority) ist eine [Agentur der EU](#). Zu ihren Aufgaben gehören Lebens- und Futtermittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit. Sie ist zum Beispiel zuständig für Pestizidrückstände in Lebensmitteln, Zusatzstoffe, Gen-Pflanzen und Verpackungen.

Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Verbands [COPA-COGECA](#) sowie Vorsitzende der [COPA-COGECA](#)-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln, ist Mitglied des Verwaltungsrats von EFSA. [\[1\]](#)[\[2\]](#) 2017 hatten außerdem fast die Hälfte der WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien parallel Posten bzw. Verbindungen zu Lobbyverbänden der Lebensmittelindustrie bzw. den Lebensmittelkonzernen selbst. Es bestehen deswegen Zweifel, ob die EFSA nur für das Allgemeinwohl handelt. Ihr wird - belegbar - vorgeworfen, dass sie die Interessen der Industrie, insbesondere die der Gentechnik-Industrie, zu stark berücksichtigt.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit



Hauptsitz	Parma
Gründung	28. Januar 2002
Tätigkeitsbereich	Lebensmittel- und Futtermittelsicherung
Mitarbeiter	450 MitarbeiterInnen
Etat	73 Mio. Euro
Webadresse	efsa.europa.eu

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	28
1.1 Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen	28
1.2 Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen	29
1.3 Chronologie des Falls Diana Banati	29
1.4 Verflechtungen mit dem International Life Sciences Institute (ILSI)	30
2 Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen	30
2.1 Regeln zu Interessenkonflikten	30
2.2 Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders")	31

3 Fallstudien und Kritik	31
3.1 2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien	31
3.2 2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat	32
3.3 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	32
3.4 2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase	33
3.5 2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz	33
3.6 2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof	33
3.7 2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen	33
3.8 2012: Die Nominierung von Mella Frewen	34
3.9 2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja	34
3.10 2012: Gentechnik-Befürworter dominieren Expertengremium weiterhin	34
3.11 2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora	34
3.12 2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens	35
3.13 2007: Bisphenol A - Grenzwerte	35
4 Organisationsstruktur und Personal	35
4.1 Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board")	35
4.2 Geschäftsführender Direktor	36
4.3 Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss	37
5 Partner und Netzwerke	38
5.1 Stakeholder-Forum	38
5.2 Stakeholder-Büro	39
5.3 Spezielle Plattformen	39
6 Finanzen	39
7 Kurzdarstellung und Geschichte	39
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
9 Einelnachweise	39

Einflussnahme und Lobbystrategien

Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen

Die lobbykritische Organisation CEO hatte im Oktober 2013 die Studie "Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem" zu den Wissenschaftlichen Gremien der EFSA veröffentlicht. ^[3] Danach hatten 123 von 209 (59%) WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien mindestens eine Verbindung zur Industrie - zu genau den Industriezweigen, die von der EFSA reguliert werden sollen. Sie dominierten damit 9 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hielt das Gremium "Diätetische Produkte, Ernährung und Allergien" (NDA), in dem 17 der 20 Wissenschaftler insgesamt 108 Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen hatten.

Im Juni 2017 hat CEO in einer neuen Studie die Industrieverbindungen aktualisiert. ^{[4][5]} Danach hat sich die Situation nur leicht verbessert: Der Anteil von Experten mit einem Interessenkonflikt ist von 59 % im Jahr 2013 auf 46 % im Jahr 2017 zurückgegangen. Die Industrie dominierte 4 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hält 2017 das Gremium „Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen“ (ANS), in dem 12 von 21 der Wissenschaftler Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen haben. ^[6]

Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen

Annette Toft ist Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Dachverbands COPA COGECA, und Vorsitzende der COPA COGECA - Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln.^{[7][8]} Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"^[9]

Die lobbykritische Organisation CEO hat 2011 in einer Studie^[10] aufgezeigt, dass mehrere damalige Verwaltungsratsmitglieder der EFSA gleichzeitig in Gremien und Aufsichtsräten der Lebensmittelindustrie arbeiteten.

Die EFSA leugnete diese Verbindungen nicht, sah aber in ihnen auch keinerlei Probleme. Dass Mitglieder des Verwaltungsrates der EFSA, der höchsten europäischen Lebensmittelbehörde, auch von der Lebensmittelindustrie bezahlt werden und dadurch Interessenkonflikte auftreten können, war für die **Europäische Kommission** anscheinend nicht vorstellbar. Dabei haben Verwaltungsratsmitglieder erheblichen Einfluss in der EFSA und auf deren Aufgaben. Neben der strategischen Ausrichtung und dem Beschluss des Haushaltes, besetzt der Verwaltungsrat auch die wissenschaftlichen Gremien, die für die Gutachten der EFSA verantwortlich sind. Dort platzierte industrienähe Wissenschaftler können maßgeblichen Einfluss auf spätere Entscheidungen ausüben. Eigentlich ist es die Aufgabe des Verwaltungsrats, dafür zu sorgen, dass die Behörde unabhängig bleibt.

Als Reaktion auf diese auch vom EU-Parlament geäußerte Kritik hat die EFSA Maßnahmen beschlossen, die die Unabhängigkeit der Behörde wahren und Interessenkonflikte verhindern sollen. Diese finden sich in den Unabhängigkeitsrichtlinien von 2011^[11], die im Juni 2017 überarbeitet wurden.^[12] CEO bewertet auch die neuen Regeln als unzulänglich.^[13]

Im März 2016 wurde bekannt, dass ausgerechnet Barbara Gallani, eine Lobbyistin der englischen Lebensmittelindustrie, die Kommunikationsabteilung der Behörde leiten soll.^[14]

Chronologie des Falls Diana Banati

Exemplarisch war 2012 der Fall [Diana Banati](#). Banati war Mitglied des Verwaltungsrats der EFSA als 2010 aufgedeckt wurde, dass sie zeitgleich im Vorstand des Industrielobbyverbandes [International Life Sciences Institute](#) (ILSI) sitzt. Daraufhin trat sie von diesem Posten zurück. Dennoch wurde sie kurz darauf zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrates gewählt. Schlusspunkt dieses Skandals war nun, dass Banati im Mai 2012 wieder einen Posten bei dem [ILSI](#) angenommen hat. Daraufhin musste sie nun komplett aus dem EFSA-Verwaltungsrat ausscheiden.

- [Diána Bánáti](#) wurde im Juni 2006 als Mitglied des EFSA-Verwaltungsrats ernannt und 2010 für eine zweite vierjährige Amtszeit wiederberufen.
- Im September 2010 kam heraus, dass Frau Bánáti gleichzeitig Mitglied des Vorstandes beim [International Life Sciences Institute](#) (ILSI) war, was sie jedoch in ihrer Selbstauskunft bei der EFSA im März 2010 verschwiegen hatte.^[15]
- Erst auf Drängen von José Bové, MdEP der französischen Grünen, trat sie nach Bekanntwerden dieser Personalie im Oktober 2010 vom ILSI-Vorstand zurück, durfte aber ihren Job bei der EFSA ohne Konsequenzen behalten.^[15]
- Im Oktober 2010 wurde sie dann zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrats gewählt.

- Für den Zeitraum von Oktober 2010 bis Mai 2012 hat Diána Bánáti keine Angaben über eine Verbindung zu ILSI Europe gemacht.
- Die EFSA wurde am 08.05.2012 von Bánáti informiert, dass sie wieder eine berufliche Position beim ILSI übernehmen werde. Auf Wunsch der EFSA ist Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats zurückgetreten, da diese Position nicht vereinbar sei mit ihren Funktionen bei der EFSA.
- Bánáti wurde zum neuen "Executive and Scientific Director" von ILSI Europe ernannt.^[16]

Quelle: ^[17]

Verflechtungen mit dem International Life Sciences Institute (ILSI)

Bis 2012 gab es enge Verflechtungen zwischen EFSA und ISLI. Neben **Diana Banati** und **Milan Kovác** aus dem Verwaltungsrat der EFSA sind weitere Verbindungen von Experten der EFSA mit dem ILSI bekannt.

- **Harry Kuiper** war von 2003-2012^[18] der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO), das die Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen prüft. Zugleich hatte er enge Beziehungen zum ILSI. Er war Mitglied einer sogenannten Task Force von ILSI, die von einem Mitarbeiter der US-Firma **Monsanto** geleitet wurde. Andere Mitglieder der Gruppe waren Vertreter der Konzerne **Bayer**, **Dow AgroSciences**, **Dupont** und **Syngenta**. Sie alle produzieren gentechnisch veränderte Pflanzen.^[19]
- **Gijs Kleter** war Mitglied des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO). Er arbeitete viele Jahren mit dem International Life Science Institute (ILSI) zusammen.^[20]
- **Alfonso Lampen**, Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit des **BfR**, war Mitglied der EFSA-Expertengruppe „Scientific assessment support working groups“ (SAS) und pflegte enge Beziehungen zum ILSI: Er gehörte u.a. der Expertengruppe „From Thresholds to Action Levels“ an und leitet die Beratergruppe „Advisory Group on 3-MCPD Esters in Food Products“. Lampen hat in seiner Interessenerklärung bei der EFSA seine Kontakte zum ILSI nicht angegeben.^[21]
- Für das ILSI aktiv waren auch die deutschen Experten **Roland Franz** und **Karl Heinz Engel**, die gleichzeitig für das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) in Berlin tätig waren. Beide hatten gegenüber der EFSA ihre Aktivitäten bei ILSI nicht angegeben.^[20]

Die personellen Verflechtungen zwischen EFSA und ISLI sind nach dem Inkrafttreten der Unabhängigkeitsrichtlinie größtenteils aufgelöst worden. Ab 2012 schieden ISLI-Vertreter aus EFSA-Gremien aus und Mitglieder von EFSA-Gremien stellten ihre Aktivitäten bei ISLI ein. Die ILSI-Tochtergesellschaft **Health and Environmental Sciences Institute** (HESI) benennt jedoch auf ihrer Webseite die EFSA weiterhin als Partnerorganisation (Stand: Dezember 2017).^[22]

Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen

Regeln zu Interessenkonflikten

Die EFSA hat auf Kritik an Interessenkonflikten reagiert und Ende 2011 Richtlinien der Behörde zu Unabhängigkeit und wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen verabschiedet.^[23] Alle WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien und ihrer Arbeitsgruppen müssen eine Verpflichtung zu unabhängigem Handeln – sowie jährlich eine Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten abgeben. Die Interessenerklärungen werden von der EFSA veröffentlicht. EFSA-Mitarbeiter, die die EFSA verlassen,

müssen die Behörde innerhalb von 2 Jahren nach ihrem Ausscheiden über nachfolgende Beschäftigungsverhältnisse unterrichten, damit die EFSA prüfen kann, ob diese möglicherweise zu einem Interessenkonflikt führen könnten.^[23] Die lobbykritische Organisation CEO hat die Unabhängigkeitsrichtlinien 2013 mit dem Ergebnis geprüft, dass die Vorgaben lückenhaft sind und die Behörde bei der Überprüfung ihrer eigenen Mitarbeiter versagt.^[24] So sehe die EFSA nur dann einen Interessenkonflikt, wenn der fragliche Experte zum exakt selben Thema des wissenschaftlichen Gremiums auch in der Industrie arbeite. Auch würden die abgegebenen Interessenerklärungen nicht weiter überprüft.

Die im Juni 2017 überarbeiteten Unabhängigkeitsrichtlinien enthalten u.a.^{[25][26]}:

- eine neue Definition eines Interessenkonflikts
- ein Regelpaket zur Cooling-off-Periode („Abkühlungsphase“) für externe Sachverständige
- eine Verpflichtung für Experten, den Anteil ihres jährlichen Einkommens von jeder Organisation, Einrichtung oder Firma anzugeben, deren Tätigkeiten in den Arbeitsbereich der EFSA fallen
- Veröffentlichung der Liste der institutionellen Partner („institutional fellows“) der EFSA

Die aktuellen Richtlinien bleiben in Kraft, bis neue Durchführungsbestimmungen für die überarbeiteten Richtlinien verabschiedet werden. Die Durchführungsbestimmungen lagen Ende 2017 noch nicht vor.^[27]

Laut Einschätzung von CEO enthält die Neuregelung einige Verbesserung zur Transparenz und verschärft die Bestimmungen zur Beratung und der Rolle des Managements.^[28] Die Verbesserungen seien jedoch vermutlich begrenzt, weil einige Schlupflöcher der alten Regelung nicht geschlossen wurden. Der Anwendungsbereich für die Beurteilung der Interessenkonflikte von Experten der EFSA-Gremien scheine so unbestimmt zu bleiben, dass er nicht geeignet sei, finanzielle Interessenkonflikte zu verhindern. Die unbestimmten Formulierungen sollten deshalb in den Durchführungsbestimmungen näher erläutert werden.

Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders")

Der Vewaltungsrat („Management Board“) der EFSA hat im Juni 2016 Kriterien für die Registrierung von Interessenvertretern („Stakeholders“) und die Errichtung eines „Stakeholder Forum“ und eines „Stakeholder Bureau“ bekanntgegeben.^{[29][30]} Die EFSA unterteilt ihre Interessengruppen in sieben Hauptgruppen: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger.^[31] Neben den beiden ständigen Gremien Stakeholder-Forum und Stakeholder-Büro wird es eine Reihe spezieller Plattformen geben, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Hierzu gehören: Mandat-Arbeitsgruppen, Wissenschaftliche Kolloquien, Diskussionsgruppen, Roundtables, Kommunikationslabor, Infor-Sessions.

Fallstudien und Kritik

2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützte die Bundesregierung die EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die EFSA begründete - wie das das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung

die Geschäftsinteressen der Urheber [Monsanto](#) und [Cheminova](#) gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapabgeordnete haben die EFSA daraufhin vor dem Gericht der Europäischen Union mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

Das Gericht der Europäischen Union hat am 7. März 2019 entschieden, dass die EFSA Studien veröffentlichen muss, die das Krebsrisiko von Glyphosat untersuchen. [\[33\]](#) Diese hatte sich mit dem Argument geweigert, die Studien enthielten Geschäftsgeheimnisse der Glyphosat-Hersteller. Nach Auffassung des Gerichts sind Informationen über Umweltemissionen wichtiger als Geschäftsinteressen. Gegen die Entscheidung kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat

Die EFSA hat empfohlen, den weltweit meistverkauften Pestizidwirkstoff Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die [Weltgesundheitsorganisation](#) (WHO) ihn als „wahrscheinlich krebsfördernd“ bezeichnet. [\[34\]](#) Am 27.11.2015 haben knapp 100 WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar [Vytenis Andriukaitis](#) schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) erhoben. [\[35\]](#) Die Analyse des BfR sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalten schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt". [\[36\]](#) Im März 2016 stimmte der Umweltausschuss des [EU-Parlaments](#) gegen die voreilige Verlängerung der Zulassung. [\[37\]](#) Im Laufe des Entscheidungsprozesses kam keine qualifizierte Mehrheit im [Ministerrat der EU](#) zu Stande, so dass die Genehmigung erloschen würde. In solchen Fällen kann die [EU-Kommission](#) die letzte Entscheidung fällen. Ende Juni 2016 kündigte der zuständige EU-Kommissar [Vytenis Andriukaitis](#) an, dass es eine Verlängerung der Glyphosat-Genehmigung um bis zu 18 Monate geben werde. [\[38\]](#)

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das [EU-Parlament](#) hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrinen Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen". [\[39\]](#) Daneben beauftragt die [EU-Kommission](#) die EFSA eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten. Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme ist, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. [\[40\]](#)

2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase

Das **EU-Parlament** fordert von der EFSA in einer Entschließung vom 03.04.2014 die Einführung einer 2-jährigen Abkühlphase bevor WissenschaftlerInnen mit Verbindungen zur Agrar- und Lebensmittelindustrie für die EU-Agentur arbeiten dürfen. [\[41\]](#)

2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz

Für die Neubesetzung des Verwaltungsrates im Juni 2014 wurde **Beate Kettlitz** nominiert. Kettlitz ist Cheflobbyistin bei **FoodDrinkEurope** (FDE), des größten EU-Dachverbands der Lebensmittelindustrie. Sie ist seit 2005 Direktorin des Bereiches 'Food Policy, Science and R&D' und ausserdem zuständig für die Betreuung der Lobby Plattform **Food For Life**- einer **European Technology Platform** (ETP), die unter der Schirmherrschaft von FoodDrinkEurope steht. [\[42\]](#) Beate Kettlitz steht nun nicht mehr auf der finalen Liste der KandidatInnen für den Verwaltungsrat. [\[43\]](#)

2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof

Das **EU-Parlament** (EP) verweigerte im Mai 2012 kurzzeitig die Entlastung des Haushalts 2010 der EFSA. Begründet wurde das zum einen mit überzogenen Ausgaben für den 15-köpfigen EFSA-Verwaltungsrat. Das EP verlangte "drastische Einschnitte". Zum anderen wurden die Interessenkonflikte innerhalb der EFSA kritisiert. [\[44\]](#) Auch der Europäische Rechnungshof beanstandete die Arbeit der EFSA indem er der Agentur einen unangemessenen Umgang mit Interessenkonflikten vorwarf. [\[45\]](#)

2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen

Die gentechnik-kritische Organisation **Testbiotech** zeigt in einer Analyse, dass die EFSA unterschiedliche Standards bei der Bewertung wissenschaftlicher Publikationen anlegt. Demnach variieren die Kriterien von Fall zu Fall und die Bewertung von Studien wird anscheinend von vorgefassten Meinungen beeinflusst. Anlaß ist die französische Studie mit Ergebnissen von Langzeitversuchen mit gentechnisch verändertem Mais (NK603) und dem Herbizid *Roundup*. Hier zeigten sich bei Ratten deutliche Hinweise auf gesundheitliche Schäden (Seralini et al., 2012).

Die EFSA wies diese Ergebnisse mit dem Argument zurück, bei der Durchführung der Studie seien wissenschaftliche Standards wie die der OECD nicht eingehalten worden.

Die jetzt vorgelegte Analyse zeigt aber, dass die EFSA in der Vergangenheit bereits mehrfach Studien akzeptiert hat, die keineswegs die wissenschaftlichen Standards erfüllen, welche die Behörde nun als Maßstab an die Veröffentlichung aus Frankreich anlegt. Allerdings waren dies durchwegs Studien, in denen keine gesundheitlichen Risiken festgestellt wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die EU Behörde die ihr jeweils passenden Befunde selektiv herauspickt.

Laut Testbiotech zeigt die Studie aus Frankreich im Vergleich mit bisherigen Studien sogar ein deutlich höheres wissenschaftliches Niveau, auch wenn sie methodische Schwächen aufweist. [\[46\]](#)

2012: Die Nominierung von Mella Frewen

Mella Frewen wurde im Frühjahr 2012 durch die **EU-Kommission** als neues Mitglied des Verwaltungsrates der EFSA vorgeschlagen. Der Vorschlag für ihre Nominierung war auf heftige öffentliche Kritik gestoßen, da bei Frewen Interessenkonflikte aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit befürchtet wurden. Frewen ist seit 2007 Generaldirektorin und damit Cheflobbyistin des Lebensmittelindustrieverband **FoodDrinkEurope** (FDE). Unter anderem betrieb Frewen 2009 intensive Lobbyarbeit, damit in der EU die Kontamination von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Pflanzen auch dann toleriert wird, wenn diese in der EU gar nicht zugelassen sind. Von 2002 bis 2007 war Frewen für **Monsanto**, Hersteller gentechnisch veränderter Organismen, als Cheflobbyistin für Europa und Afrika beschäftigt.

Im Juni 2012 wurde aus Verhandlungskreisen in Brüssel bekannt, dass der Ministerrat Mella Frewen nicht für den Verwaltungsrat der EFSA nominieren wird.^[47] ^[48]

2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja

Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA erlaubt dem amerikanischen Agrarkonzern **Monsanto** erstmals den Anbau von Gen-Soja in Europa. Monsanto ist Marktführer unter den Gentechnikherstellern. Er würde gern Saatgut seines "Roundup Ready"-Soja für den Anbau in Europa verkaufen, das bislang nur für den Import zugelassen ist. Die Sorte kommt in der Regel in Verbindung mit einem Spritzmittel zum Einsatz, das den giftigen Wirkstoff **Glyphosat** enthält.^[49]

2012: Gentechnik-Befürworter dominieren Expertengremium weiterhin

Die Neubesetzung 2012 des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" bringt keinen Richtungswechsel: Nach wie vor dominieren die Befürworter der Agrogentechnik. Nach Einschätzung der NGO "Testbiotech" haben 11 der 20 Mitglieder Verbindungen zur Industrie oder sind als Befürworter der Agrogentechnik einzuschätzen:

- Ein Mitglied des Gremiums ist **Gijs Kleter**, der viele Jahren mit dem **International Life Science Institute (ILSI)** zusammenarbeitete.
- **Huw Jones**, ein weiterer Vertreter in dem Gremium, ist an der Entwicklung von gentechnisch verändertem Weizen beteiligt und kooperierte mit Konzernen wie **Bayer** und **Dow AgroSciences**.
- **Patrick du Jardin** gehört der **Public Research and Regulation Initiative (PRRI)** an, die als Lobbygruppe versucht, Einfluss auf Prüfstandards und die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zu nehmen. Er hat dies aber in seiner offiziellen Interessenserklärung bei der EFSA nicht angegeben.
- Aus Deutschland sitzen die Experten **Achim Gathmann** und **Christoph Tebbe** im Gremium der EFSA. Sie sind für eine eher unkritische Haltung gegenüber den Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen bekannt.
^[20]

2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora

Die NGO "Corporate Europe Observatory" (CEO) hat im November 2011 eine Studie veröffentlicht, die die Lobbyarbeit von **BASF** für die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora und die Verflechtungen der EFSA beleuchtet.

Im März 2010 hatte die **EU-Kommission** Amflora nach massiver Lobbyarbeit von BASF zugelassen. Vorausgegangen war 2009 eine umstrittene Stellungnahme der EFSA zur Nutzung von Antibiotika-

Resistenzgenen in gentechnisch veränderten Organismen (GMO). Mehr als die Hälfte der unterzeichnenden Mitglieder des zuständigen Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" hatten laut der Studie Interessenkonflikte nach der Definition der OECD. Sie reichen von der Annahme von Fördergeldern der Gentechnik-Industrie über die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in Pro-Gentechnik-Verbänden bis zum Schreiben oder Besprechen von Industrie-gesponserten Publikationen. Außerdem haben in dem Gremium Experten zur Nutzung von Antibiotika in der Humanmedizin gefehlt. Die Studie geht außerdem auf die Vorgeschichte der EFSA-Stellungnahme und die Rolle des niederländischen Wissenschaftlers [Harry Kuiper](#) ein. Er war in dem Zeitraum Vorsitzender des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" und hat enge Verbindungen zur Biotechnik-Industrie. Nach Recherchen von CEO bestätigt die Stellungnahme von 2009 eine Stellungnahme des GMO-Gremiums von 2004, die ihrerseits fast vollständig aus einem „review paper“ übernommen wurde, das von dem industrienahen EU-geförderten Forschungsprojekt ENTRANSFOOD gesponsert wurde. [\[50\]](#)

2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens

[Suzy Renckens](#) war bis 2008 Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA. Sie wechselte kurz nach Beendigung dieser Tätigkeit zum Gentechnik-Unternehmen [Syngenta](#) - als Lobbyistin. Das Unternehmen stellt gentechnisch veränderte Pflanzen her und vermarktet sie. [\[51\]](#)

2007: Bisphenol A - Grenzwerte

Die EFSA beschloss Anfang 2007 die gesetzlichen Grenzwerte für Bisphenol A zu erhöhen, das heißt zu lockern. [\[52\]](#) Bisphenol A ist ein chemischer Stoff, der für die Herstellung von Epoxidharzen und Polycarbonaten verwendet wird und z.B. in Trinkflaschen für Säuglinge und Kleinkinder vorkommt. Über 153 öffentlich finanzierte Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Bisphenol A eine hormonähnliche Wirkung besitzt und insbesondere bei Kindern schädliche Folgen haben kann. Grundlage für die Entscheidung der EFSA war allerdings eine amerikanische Studie von [Research Triangle Institut](#) (RTI). Auffällig war, dass diese Studie den meisten anderen Studien zu Bisphenol A widersprach und dieses als ungefährlich einstuft. Die Süddeutsche Zeitung fand heraus, dass diese Studie durch das [American Plastics Council](#) finanziert wurde, einem Verband der Plastikindustrie. [\[53\]](#) Diesem Verband gehört unter anderem [Bayer](#), [Dow Chemicals](#) und [GE Plastics](#) an, die zu den größten BPA-Produzenten auf der Welt gehören. Dieser Beschluss zeigt, wie groß der Lobbyeinfluss von großen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden auf die Politik ist und wie sich die EFSA dadurch beeinflussen lässt.

Phillip Mimkes von Beirat der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.: „*Seit Jahrzehnten ist die hormonelle Wirkung von Bisphenol A bekannt – trotzdem verharmlost der größte deutsche Hersteller, der Leverkusener Bayer-Konzern, beharrlich die Risiken und verhindert durch politische Einflussnahme ein Verbot risikoreicher Anwendungen.*“ [\[54\]](#)

Organisationsstruktur und Personal

Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board")

Die EFSA wird von einem Verwaltungsrat (Management Board") geleitet. Zu seinen Hauptaufgaben gehört u. a. die Ernennung der Geschäftsführenden DirektorIn, der Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien und des Wissenschaftlichen Ausschusses.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzende ist Jaana Husu-Kallio, Staatssekretärin im finnischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Verwaltungsratsmitglied ist auch Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des Verbands "Danish Agriculture & Food Council", der Mitglied des Dachverbands [COPA-COGECA](#) ist, und Vorsitzende der [COPA-COGECA](#)-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln. [\[55\]](#)[\[56\]](#) Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"[\[57\]](#)

Geschäftsführender Direktor

Der Geschäftsführende Direktor ist der gesetzliche Vertreter der EFSA und für alle operativen Angelegenheiten und Personalfragen sowie die Erstellung des Jahresarbeitsprogramms zuständig. [\[58\]](#) Seit Juni 2014 ist [Bernhard Url](#) Geschäftsführender Direktor.

Dem Geschäftsführenden Direktor unterstehen 4 Abteilungen :

K
ü
r Abteilung
z
e
I

Risikobewertung und wissenschaftliche Unterstützung übernimmt die strategische Leitung der wissenschaftlichen Aktivitäten der EFSA

R (Risk Assessment and Scientific Assistance) unterstützt die Arbeit der EFSA bei der Bewertung von Stoffen, Erzeugnissen und Angaben, die zur Verwendung in der Lebensmittelkette bestimmt sind

Seit 11/2015 leitet [Hans Verhagen](#) die Abteilung RASA. Verhagen arbeitete bereits in Projekten der Industrieorganisation [ILSI Europe](#) und war auch schon an mehreren Publikationen von ILSI beteiligt. [\[59\]](#)

Wissenschaftliche Bewertung regulierter Produkte unterstützt die Arbeit der EFSA bei der Bewertung von Stoffen, Erzeugnissen und Angaben, die zur Verwendung in der Lebensmittelkette bestimmt sind

R (Scientific Evaluation of Regulated Products)

ist zuständig für die

C **Kommunikation und Außenbeziehungen** (Communication and External Relations) Risikokommunikation, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Außenbeziehungen mit Partnern und Interessengruppen der EFSA

Barbara Gallani ist seit Mai 2016 Leiterin der Abteilung Kommunikation und Außenbeziehungen. Sie arbeitete bis dahin für die britische Lobbyorganisation der Nahrungsmittelwirtschaft **Food and Drink Federation** (FDF) als Direktorin für Regulierung, Wissenschaft und Nachhaltigkeit. [\[60\]](#)

Ressource
R **n und E Support** (Resources and Support) administrative und unterstützende Dienstleistungen

Quelle: [\[61\]](#)

Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss

Sie sollen bestehen aus unabhängigen Sachverständigen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und nationalen Behörden für Lebensmittelsicherheit, die umfassende Kenntnisse im Bereich Risikobewertung besitzen. Hier findet die fachliche Arbeit der EFSA statt.

Kürzel	Name deutsch	Name englisch	Anzahl der Mitglieder
AH	Tiergesundheit und Tierschutz	Panel on Animal Health and Welfare	21
WAN	Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen	Panel on Food Additives and Nutrient Sources added to Food	21
BIH	Biologische Gefahren, einschließlich Risiken im Zusammenhang mit BSE/TSE	Panel on Biological Hazards	21
CE	Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe	Panel on Food Contact Materials, Enzymes, Flavourings and Processing Aids	19
CO	Kontaminanten in der Lebensmittelkette	Panel on Contaminants	20

A	in the Food Chain	
M		
FE		
E	Panel on Additives and	
D	Products or Substances	19
AP	used in Animal Feed	
G		
M	Panel on Genetically	20
	Modified Organisms	
O		
N	Panel on Dietetic	
D	Products, Nutrition and	20
	Allergies	
A		
PL	Panel on Plant Health	21
H	Pesticides Unit and the	
PP	Panel on Plant Protection	21
R	Products and their	
	Residues	
	Wissenschaftlicher Ausschuss , hat die Aufgabe, die Arbeit der	
	SC Gremien zu bereichsübergreifenden Themen und wissenschaftlichen	
	ER Angelegenheiten, die mehrere oder alle Gremien betreffen, zu	
	unterstützen	
	Scientific Committee &	8
	Emerging Risks	

Quelle: [\[62\]](#)

Partner und Netzwerke

Die Partner und Netzwerke sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören Institutionen und Einrichtungen der EU, EU-Agenturen, Beratungs- und Forschungseinrichtungen, zuständige Einrichtungen in den Mitgliedstaaten und Internationale Organisationen.

Weitere Partner sind die Interessengruppen („Stakeholders“), deren Einbeziehung unter Lobbygesichtspunkten eine besondere Bedeutung zukommt. Die Interessengruppen werden in die folgenden sieben Hauptgruppen unterteilt: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger. Für registrierte Interessengruppen wird es möglich sein, sich mit der EFSA über eine Kombination von ständigen und Ad-hoc-Plattformen auszutauschen. [\[63\]](#) Als ständige Gremien wird es das Stakeholder-Forum und das Stakeholder-Büro geben. Daneben werden eine Reihe spezieller Plattformen geschaffen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Das entsprechende Konzept war Ende 2017 noch nicht vollständig umgesetzt.

Stakeholder-Forum

Die Mitglieder werden jährlich Beiträge zur Arbeit und den künftigen Schwerpunkten der EFSA leisten. Den Vorsitz hat der Geschäftsführende Direktor („Executive Director“). Das Stakeholder-Forum hat im Juni 2017 seine Arbeit aufgenommen. [\[64\]](#)

Stakeholder-Büro

Das Stakeholder-Büro berät die EFSA im Hinblick auf die Einbeziehung von Interessengruppen sowie den Dialog über Anliegen der Zivilgesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Lebensmittelproduktion sowie andere Fragen im Zuständigkeitsbereich der Behörde.

Spezielle Plattformen

Neben den beiden ständigen Gremien gibt es eine Reihe spezieller Plattformen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht.^[65] Hierzu gehören u.a. :

- Mandat-Arbeitsgruppen (Dialog in einem frühen Stadium der Erarbeitung von Selbstmandaten und Leitlinien, Stand: Piloterprobung)
- Wissenschaftliche Kolloquien (gibt es seit 2004)
- Diskussionsgruppen (fungieren als „Lernsysteme“). Im September 2017 hat die EFSA Interessengruppen aufgerufen, Kandidaten für ihre neue Stakeholder-Diskussionsgruppe zum Thema Bienen zu nominieren.
^[66] Von den 12 Mitgliedern sollen 3 Verbraucherverbände und NGOs, 3 die Lebensmittelindustrie und Vertreiber, 3 Bauern, Primärerzeuger und Praktiker und 3 den universitären Bereich repräsentieren.^[67]
- Roundtables (erörtern Themen, die von Umwelt-NGOs und Interessenverbänden sowie Interessengruppen der Industrie vorgebracht werden)
- Kommunikationslabors (Einholen von Feedback und Input von Praktikern, Stand: Piloterprobung)
- Info-Sessions (Informationsveranstaltungen der EFSA)

Ein weiteres Beispiel ist ein Beratungsgremium, das bei der Entwicklung eines Leitliniendokuments zur Bestimmung endoktriner Disruptoren in Pestiziden und Bioziden unterstützend mitwirkt.^[68]

Finanzen

Die EFSA wird aus dem EU-Haushalt finanziert.^[69]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die EFSA wurde 2002 gegründet und ist offiziell eine unabhängige Behörde der Europäischen Union. Sie hat die Aufgabe, "sämtliche Risiken im Zusammenhang mit der Lebensmittelkette zu bewerten und zu veröffentlichen"^[70]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
2. ↑ [Profil](#), efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019

3. ↑ [Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem](#) Webseite CEO, abgerufen am 29.04.2014
4. ↑ [Recruitment Errors](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
5. ↑ [Nearly half the experts from the European Food Safety Authority have financial conflicts of interest](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
6. ↑ [Recruitment errors](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
7. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
8. ↑ [Profil](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
9. ↑ ["Annual Declaration of Interests"](#) der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
10. ↑ [Serial conflicts of interest on EFSA's management board](#) Corporate Europe Observatory, 23 February 2011, abgerufen am 25.06.2012
11. ↑ [Policy on Independence and Scientific Decision-Making Processes of the European Food Safety Authority](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
12. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
13. ↑ [Recruitment Errors](#), corporateeurope.org vom 11.06.2017, abgerufen am 29.12.2017
14. ↑ [EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did](#), Corporate Europe Observatory, 18. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
15. ↑ [15,015,1 Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit: Schutz der Verbraucher oder der Industrie-Interessen? Lobbycontrol](#) vom 21.12.2010, abgerufen am 27.06.2012
16. ↑ [ILSI Europe - Press Release](#) vom 09.05.2012, abgerufen am 27.06.2012
17. ↑ [Webseite EFSA - Häufig gestellte Fragen über den Rücktritt von Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats](#) abgerufen am 26.06.2012
18. ↑ [Previous members](#) Webseite EFSA, abgerufen am 17.01.2014
19. ↑ [Wie unabhängig war die EFSA in den letzten 10 Jahren wirklich?](#) Testbiotech e.V. vom 21. März 2012, abgerufen am 27.06.2012
20. ↑ [20,020,120,2 Kein Kurswechsel bei der EFSA](#) Testbiotech e.V. vom 25.06.2012, abgerufen am 26.06.2012
21. ↑ [Schlecht beraten: Gentechnik-Lobbyisten dominieren Expertengremium - Schwere Interessenkonflikte beim Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#) Testbiotech e. V. vom Mai 2012, abgerufen am 27.06.2012
22. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 30.12.2017
23. ↑ [23,023,1 Unabhängigkeit](#) Webseite EFSA, abgerufen am 29.04.2014
24. ↑ [EU-Lebensmittelbehörde wird Lobbyisten nicht los](#), spiegel.de vom 23.10.2013, abgerufen am 28.12.2017
25. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
26. ↑ [EFSA'S policy on independence](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
27. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
28. ↑ [New EFSA independence policy likely rejects most Parliament demands](#), corporateeurope.org vom 22.06.2017, abgerufen am 28.12.2017
29. ↑ [Decision of the Management Board of the European Food Safety Authority on the criteria for establishing a list of stakeholders and the establishment of the Stakeholder Forum and Stakeholder Bureau](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
30. ↑ [EFSA Stakeholder Engagement Approach](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
31. ↑ [Einbeziehung der Interessengruppen](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017

33. ↑ EU-Behörde muss Glyphosat-Studien herausgeben, süddeutsche.de vom 07.03.2019, abgerufen am 12.03.2019
34. ↑ Wahrscheinlich (nicht) krebserregend, Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
35. ↑ Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR, drive.google.com, abgerufen am 03.12.2015
36. ↑ Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung, Süddeutsche.de vom 30. November 2015, abgerufen am 03.12.2015
37. ↑ Glyphosat-Herbizid: Umweltausschuss gegen Verlängerung der EU-Zulassung, Pressemitteilung auf der Seite des Europäischen Parlaments, 22. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.03.2016
38. ↑ Umstrittenes Pflanzenschutzmittel: EU-Kommission will Glyphosat-Zulassung verlängern, Der Spiegel, 29. Juni 2016, zuletzt aufgerufen am 29.06.2016
39. ↑ BfR-Positionspapier (engl.): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015
40. ↑ EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
41. ↑ The European Parliament demands stricter regulation of conflicts of interest at EU's food safety authority CEO vom 03.04.2014, abgerufen am 21.05.2014
42. ↑ Food Drink Europe Secretariat FoodDrinkEurope.eu, abgerufen am 03.12.2013
43. ↑ Food lobbyists look set to join EFSA's board CEO vom 07.05.2014, abgerufen am 22.05.2014
44. ↑ EP gewährt Haushaltsentlastung für Großteil der EU-Ausgaben 2010 Pressedienst des EP vom 10.05.2012, abgerufen am 04.07.2012
45. ↑ Europäischer Rechnungshof: „Interessenkonflikte wurden von den ausgewählten Agenturen nicht angemessen gehandhabt“ www.europa.eu, abgerufen am 16.10.2012
46. ↑ Doppelstandards bei der EFSA Testbiotech e.V. vom 30. Oktober 2012, abgerufen am 03.12.2012
47. ↑ EU-Kommission schlägt Ex-Mitarbeiterin von Monsanto als Kandidatin für Verwaltungsrat der EFSA vor Testbiotech e.V. vom 08.03.2012, abgerufen am 27.06.2012
48. ↑ Peter Liese (CDU) und Richard Seeber (ÖVP): Nominierung EFSA-Verwaltungsrat CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament vom 08.06.2012, abgerufen am 27.06.2012
49. ↑ Monsanto drängt auf europäischen Markt Süddeutsche.de vom 23.06.2012, abgerufen am 15.07.2012
50. ↑ Studie beleuchtet Lobbyarbeit für Gentech-Kartoffel Amflora LobbyControl vom 15.11.2011, abgerufen am 27.06.2012
51. ↑ Europäische Lebensmittelbehörde räumt Fehler ein Testbiotech e.V. vom 18.04.2012, abgerufen am 01.07.2012
52. ↑ Bisphenol A for use in food contact materials, PDF-Dokument vom 29.11.2006, abgerufen am 15.03.2011
53. ↑ Wenn der Grenzwert plötzlich fällt Süddeutsche Zeitung vom 27.06.2007, abgerufen am 29.04.2014
54. ↑ USA: Verbot von Bisphenol A in Babyflaschen gefordert, Webseite "Coordination gegen BAYER-Gefahren" vom 06.04.2005, abgerufen am 29.04.2014
55. ↑ our office in Brussels, agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
56. ↑ Profil, efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
57. ↑ "Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
58. ↑ Führungsstrukturen, efsa.europa.eu, abgerufen am 28.10.2019
59. ↑ EFSA und ILSI: Weiter geht's Informationsdienst Gentechnik, abgerufen am 14.09.2015
60. ↑ EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did Webseite CEO vom 18.03.2016, abgerufen am 18.03.2016
61. ↑ Leitungsebene, efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017

62. ↑ [Wissenschaftlicher Ausschuss und Wissenschaftliche Gremien](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
63. ↑ [Einbeziehung der Interessengruppen](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 26.12.2017
64. ↑ [Video: Stakeholder-Forum nimmt seine Arbeit auf](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
65. ↑ [Interessengruppen - Unterstützung und Orientierungshilfe bei unserer Arbeit](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
66. ↑ [Bienengesundheit: Nominierungen für Stakeholder-Gruppe gesucht](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
67. ↑ [Call to stakeholder organisations for nominating experts to the EFSA Discussion Group on EU Bee Partnership for Data Sharing](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
68. ↑ [Endokrine Disruptoren: EFSA ruft Interessengruppen zur Beteiligung an Beratungsgremium auf](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
69. ↑ [Webseite EFSA - Wer wir sind](#) abgerufen am 29.04.2014
70. ↑ [Webseite EFSA - Was wir tun](#) abgerufen am 29.04.2014

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von Monsanto im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbe Chemie- & Pharmabranche
reich

Gründungs 1863
atum

Hauptsitz Leverkusen

Lobbybüro

Lobbybüro 40 Rue Bolland, 1000 Brussels,
EU (+32) 25502112

Webadresse bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	43
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	43
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	44
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	44
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	45
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	45
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	46
3 Themen der Lobbytätigkeit	46
4 Parteispenden	47
5 Transparenz	47
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	47
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	47
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	48
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	48
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	49
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	49
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	50
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	50
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooeration	50
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	50
8 Weiterführende Informationen	50
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
10 Einelnachweise	51

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeneigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Sience entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es

neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission [\[18\]](#)

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: [\[19\]](#)

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben [\[20\]](#):

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden. [\[21\]](#) Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR -Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Dankeschön!](#)



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von [LobbyControl](#) zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungskooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von [LobbyControl](#) erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen. ^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt. ^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosatzulassung für weitere 10 Jahre angekündigt. ^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte **LobbyControl** Recherchen, nach denen **Monsanto** Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen **verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte**. Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungskooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik. [\[35\]](#) Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch **LobbyControl**, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt **LobbyControl** zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „**Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group**“ gekennzeichnet werden („**Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group**“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsantos ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor. [\[36\]](#) Das betrifft etwa die Verwicklung von **Bayer CropScience** selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberer Methoden Monsantos tatsächlich nichts gewusst haben. So war **Bayer CropScience** im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab **Bayer CropScience** dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. **Bayer CropScience** betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von **Bayer CropScience** blieben ohne Antwort. [\[37\]](#)

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im **Geschäftsbericht 2023** berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun... Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat. [\[38\]](#)

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur **mhoch3**.^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des **Deutschen Aktien Instituts** zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stimmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen (**Goldman Sachs**, **Bundesverband Investment und Asset Management**, **Siemens** etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)

- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. [↑ Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. [↑ Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. [↑ FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. [↑ Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. [↑ FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. [↑ Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. [↑ Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. [↑ Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. [↑ Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. [↑ Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. [↑ Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. [↑ Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. [↑ Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. [↑ Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. [↑ Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. [↑ Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. [↑ Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. [↑ List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. [↑ Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. [↑ Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. [↑ Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. [↑ Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. [↑ Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. [↑ Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. [↑ Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. [↑ EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024

27. ↑ EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung, tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung, tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung, dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ What is the Glyphosate Renewal Group, glyphosate.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ Glyphosate Renewal in the EU, bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an, zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ hier Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat, lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen, wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER, Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings, Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten, spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer, eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen, finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ Debatte um die Finanztransaktionssteuer, taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes. Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer, abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ Offener Brief führender Finanzexpert:innen, abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ "Die Finanztransaktionssteuer muss kommen", Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ "Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten", Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

BASF

BASF SE

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]



The Chemical Company

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsjahr	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.bASF.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	53
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	54
3 Parteispenden und Sponsoring	54
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	54
5 Mitgliedschaften	54
6 Fallbeispiele und Kritik	55
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	55
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	55
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	55
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	55
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	56
6.6 2012: Das Bienensterben	56
6.7 Lobbyisten in Ministerien	56
7 Weiterführende Informationen	57
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	57
9 Einelnachweise	57

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen. [9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen. [10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben. [11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: [12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung – bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: [13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidenschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. [14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, [15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde [16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. [17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) [18] oder auch der Leopoldina. [19]

Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. [20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). [21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)- Standards zu ersetzen. [22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. [23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt. [\[24\]](#) Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen. [\[25\]](#) Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag". [\[26\]](#) Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe. [\[27\]](#)

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der [Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH](#), bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [[Bundeswirtschaftsministerium]] – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025 vor](#) basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASG](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanger-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022

23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die **Lobbypedia** soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie **LobbyControl** jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der **LobbyControl-Gemeinschaft**. **Dankeschön!**



Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.^{[1][2]}

Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsber eich	Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsda	1877
tum	
Hauptsitz	Frankfurt a.M.
Lobbybüro	Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin
Lobbybüro	Rue Marie de Bourgogne 58
EU	1000 Bruxelles
Webadresse	www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	59
1.1 Lobbytätigkeit	59
1.2 Parteispenden	59
1.3 Befürwortung eines Lobbyregisters	60
2 Fallbeispiele und Kritik	60
2.1 2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände	60
2.2 2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung	62
2.3 2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz	63
2.4 2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern	63
2.5 1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung	63

3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	64
3.1 Der Vorstand	64
3.2 Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP	65
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
5 Einelnachweise	66

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie [BASF](#) oder [Bayer](#), haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen [Parlamentarischen Abend](#).

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer [Hermann-Wolfgang Lehning](#) gepflegt wurde. Lehning war Präsident des [Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland](#) (2003-2007), in dem sich Repräsentant/innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels [Adlerkreis](#). Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln.

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 8.001.036,09 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	53.000	14.000	20.000	0	113.000
2011	110.000	47.000	60.000	72.000	20.000	309.000
2012	44.000	109.000	34.000	24.500	12.500	224.000
2013	167.000	164.000	85.000	74.500	14.000	504.500
2014	98.000	87.500	55.000	37.000	18.000	295.500
2015	40.000	61.000	35.000	40.000	13.000	189.000
2016	73.000	61.000	49.500	42.000	22.500	248.000
2017	250.000	75.000	141.00 0	139.00 0	29.000	634.000
2018	40.000	90.000	35.000	25.000	16.000	206.000
2019	108.200	75.000	55.000	37.000	20.000	295.200
2020	25.000	62.000	22.500	13.000	13.000	135.500
2021	131.500	83.000	76.000	62.000	42.000	394.500
2022	67.000	52.000	51.000	58.000	28.000	256.000
2023	40.000	62.000	25.000	41.000	30.000	198.000
Summe	1.219.70	1.081.50	738.00	685.00	278.00	4.002.20
e	0	0	0	0	0	0

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands **Verband der Bayerischen Chemischen Industrie** sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands **Verein der Bayerischen Chemischen Industrie** an die CSU in Höhe von bisher 2.177.607,4 Euro.

Die Spenden für die folgenden Jahre sind über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen. [\[3\]](#)

Fallbeispiele und Kritik

2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände

Die umstrittenen PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), auch Ewigkeitschemikalien genannt, sind wichtig für große Chemiefirmen, aber auch für Hersteller von Pfannen, Outdoor-Kleidung oder Medizingeräten. Die Chemikalien sind während des Gebrauchs nicht besorgniserregend, aber der Produktionsprozess und die Entsorgung sind problematisch. Die Stoffgruppe umfasst 10.000 Stoffe, von denen ca. 1.000 in Deutschland im Einsatz sind. [\[4\]](#)

Wenn die Chemikalien einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort, weil sie auf natürlichem Weg nicht abgebaut werden können. Über das Trinkwasser und die Nahrung gelangen sie in den menschlichen Körper. Bei einigen PFAS wurde nachgewiesen, dass sie Krebs sowie Leberschäden und Hormonstörungen verursachen und das Immunsystem schädigen können. Im Landkreis Altötting in Bayern beispielsweise durften Blutspenden von Anwohnern nicht mehr für Blutkonserven genutzt werden, da ein Stoff aus der PFAS-Gruppe in hoher Konzentration im Blutplasma nachgewiesen wurde. [\[5\]](#)[\[6\]](#)

Am 7. Februar 2023 legte die Europäische Chemikalien Agentur ECHA nach Vorarbeit von fünf EU-Ländern - Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Schweden - einen ersten Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot vor. [\[7\]](#) Daraufhin gingen mehrere tausend Schreiben der Lobbyverbände mit rund 70.000 Seiten bei der ECHA ein. Besonders umkämpft sind die sogenannten Fluorpolymere. Das sind Kunststoffe, die Antihalt-Eigenschaften haben und wenig Reibung erzeugen. Die Vertreter der Industrie bezeichnen diese Stoffgruppe als sogenannte "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregend, das heißt nicht gesundheitsgefährdend. Dabei bezieht man sich auf ein Protokoll einer Expertengruppe der OECD von 1993. Die OECD erklärt auf Anfrage der Tagesschau, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind." [\[8\]](#)

Industrievertreter plädieren häufig dafür, PFAS nach einem "risikobasierten" Ansatz zu regulieren. Dabei wird jede Substanz einzeln geprüft und nur dann verboten, wenn bewiesen ist, dass sie schädliche Wirkungen zeigt. Diese Vorgehensweise hat bislang dazu geführt, dass oftmals die regulierten PFAS durch andere, sehr ähnliche, aber noch unregulierte PFAS ersetzt wurden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt".

Im Kanzleramt fand im September 2023 ein "Chemie-Spitzengespräch" statt. In der Presseerklärung des Kanzleramtes hieß es: "Pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht vom bestehenden europäischen Rechtsrahmen gedeckt und sind nach dem aktuellen Vorschlag der deutschen und weiterer Fachbehörden auch nicht vorgesehen. Ein Totalverbot von PFAS ist insofern nicht geplant und würde von der Bundesregierung auch nicht unterstützt." [\[9\]](#) Im Januar 2025 teilte das Wirtschaftsministerium mit, dass es die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen will. Auch das Ministerium verweist auf das falsche Argument, dass sie "als polymers of low concern betrachtet werden", also als nicht besorgniserregende Stoffe. [\[8\]](#)

Diese Vorgänge kritisierte LobbyControl: Immer wieder hat die Industrie bei geplanten Beschränkungen ihrer Stoffe mit falschen Behauptungen und gekauften Studien gearbeitet. Drohungen ihres Niedergangs haben sich weder nach der EU-Chemikalien-Verordnung, noch der Regulierung von Asbest, BPA und vielen weiteren Chemikalien bewahrheitet. Die Politik muss endlich mit Abstand an die Argumente von Industrielobbys herangehen, die im Sinne ihres kurzfristigen Interesses argumentieren und Schäden für Mensch und Umwelt nicht tragen müssen.

[Solvay](#), Anbieter "Moderner Werkstoffe und Spezialchemikalien", angesiedelt in Wimpfen (Kreis Heilbronn) leitet seit Jahren mit behördlicher Genehmigung Trifluoracetet (TFA) in den Neckar. Darüber berichtete die ARD-Sendung "plusminus" am 09.07.2025 [\[10\]](#) Das Portal [gwf Wasser und Abwasser](#) zeichnet den Weg der behördlichen Genehmigungen nach. [\[11\]](#) Das Umweltbundesamt weist bereits im November 2021 auf die Belastung der Gewässer durch TFA hin. [\[12\]](#)

2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung

Die EU REACH-Verordnung ist der zentrale Regelungsrahmen für die Chemieindustrie in der Europäischen Union. 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen des European Green Deal eine grundlegende Überarbeitung der REACH-Verordnung an. Seitdem hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) auf mehreren politischen Ebenen Einfluss genommen. Ziel war es, geplante Verschärfungen im Chemikalienrecht zu verzögern oder abzumildern.

Die Lobbyarbeit des Verbandes umfasste Stellungnahmen, Studien, direkte Treffen mit Entscheidungsträger:innen, Medienarbeit und die Koordination mit anderen Interessengruppen. Im Oktober 2022 verschob die EU-Kommission den Vorschlag für die REACH-Novelle auf Ende 2023. Vertreter des VCI zeigten sich zufrieden mit dieser Entscheidung.

Bereits im Jahr 2021 beteiligte sich der VCI an den Vorbereitungen zur REACH-Novelle. Im Mai 2021 reichte der Verband eine Stellungnahme zum Fahrplan der EU-Kommission ein. Konkret ging es dabei um die Frage, ob gefährliche Stoffe pauschal verboten werden sollten. Der VCI wandte sich gegen diesen gefahrenbasierten Regulierungsansatz, und forderte stattdessen, das Prinzip der stoffbezogenen Risikobewertung beizubehalten. [\[13\]](#)[\[14\]](#) Diese berücksichtigt neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die tatsächliche Exposition – also ob und in welchem Maß Mensch oder Umwelt dem Stoff ausgesetzt sind. Die erforderliche Einzelfallbetrachtung erhöht den Verwaltungsaufwand und erschwert die Kontrolle. Im Frühjahr 2022 nahm der VCI an der öffentlichen Konsultation zur REACH-Reform teil und bekräftigte seine Haltung. [\[15\]](#) Dort ging der Vizepräsident des VCI Brudermüller (zu selben Zeit BASF-Chef) in die Offensive und nannte es „fahrlässig“, der Chemieindustrie angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise neue Belastungen zuzumuten. [\[16\]](#)

Neben öffentlichen Stellungnahmen suchte der Verband auch persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der EU-Kommission. So organisierte der VCI im Februar 2022 eine Konferenz zum Green Deal in der Chemieindustrie und bemühte sich vergeblich um die Teilnahme von Generaldirektorin Fink-Hooijers. [\[17\]](#) Fink-Hooijer ist die Leiterin der Umweltabteilung in der Europäischen Kommission. Außerdem traf sich der Politikausschuss des VCI im Juni desselben Jahres mit Vertreter:innen der Generaldirektion Binnenmarkt (DG GROW), um über REACH und andere Regulierungsvorhaben zu sprechen. [\[18\]](#)

Auf EU-Parlamentsebene griff die EVP-Fraktion die VCI-Kritik zur REACH-Novelle auf und forderte eine Regulierungspause. [\[19\]](#)[\[20\]](#) Im selben Jahr flossen mehr als 150.000 Euro an Spenden an CDU und CSU. Die beiden Parteien stellten mit 29 Abgeordneten:innen die größte Landesgruppe der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Der VCI versuchte auch die Bundesregierung zu beeinflussen, weil diese im Rat der EU über die REACH-Novelle mitentscheidet. So warnte der Verband zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V (BDI) öffentlich davor, REACH während der Energiekrise zu überarbeiten, und forderten eine Verschiebung der geplanten Vorschläge. [\[21\]](#) Auch im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium vertrat der VCI diese Position. Beide Ministerien erhielten im November 2024 Stellungnahmen zur REACH-Novelle vom VCI, in denen dieser unter anderem vor einer Abkehr vom risikobasierten Bewertungsansatz warnte. [\[22\]](#) Die Argumentation wurde in Teilen von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgegriffen, der bei einem Werksbesuch vor Produktionsverlagerungen durch überzogene Chemikalienregulierung warnte. [\[23\]](#)

Der VCI arbeitete dabei mit anderen Akteur:innen zusammen. Bei einem Chemiegipfel im Kanzleramt im September 2023 traten VCI, IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC gemeinsam für eine risikobasierte Regulierung ein.^[24] Unternehmen wie BASF und Bayer äußerten sich ebenfalls öffentlich kritisch zu den geplanten Verschärfungen. BASF etwa sprach sich gegen pauschale Verbote von Ewigkeits-Chemikalien aus und forderte ausgewogene Maßnahmen.^[25]

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetzes eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.^[26] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[27] Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[28] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten - und das ist zweifelsfrei möglich.“

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11-1.12.2012 in München) der Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (Eike) teil.^{[29][30]} Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“.^[31] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.^[32]

1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung

Ende der 1990er Jahre legte die EU-Kommission den Grundstein für eine umfassende Reform des Chemikalienrechts. Ziel war es, mit der sogenannten REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) Risiken durch Chemikalien systematisch zu erfassen und den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Das Vorhaben sah unter anderem vor, Hersteller:innen und Importeur:innen zur Registrierung und Bewertung von mehreren zehntausend Altstoffen zu verpflichten. Auch der verpflichtende Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere Alternativen war Bestandteil der frühen Entwürfe.^[33]

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) gehörte zu den vehementesten Gegnern der ursprünglichen Vorschläge. Er warnte vor hohen Kosten und Arbeitsplatzverlusten. Eine vom VCI mitgetragene Studie der Beratungsfirma Arthur D. Little prognostizierte bis zu 2,3 Millionen gefährdete Arbeitsplätze allein in Deutschland.^[34] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement übernahm diese Argumentation und sprach öffentlich von einer drohenden „Deindustrialisierung Europas“.^[35] Später betonte er, dass die Bundesregierung zusammen mit dem VCI und der Chemiegewerkschaft IG BCE „durch beharrliche Interventionen“ erreicht habe, dass der Entwurf „ganz wesentlich verbessert“ wurde.^[36]

Der VCI nutzte verschiedene Wege, um Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. In Brüssel organisierte der Verband Gespräche, Veranstaltungen und Hintergrundgespräche mit Abgeordneten. Gleichzeitig intensivierte der VCI die fachliche Begleitung einzelner Parlamentarier:innen. Eine Schlüsselrolle spielte der CDU-Europaabgeordnete Hartmut Nassauer. Er war im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlament. Dabei soll er wesentliche Argumente des VCI fast wörtlich in seine Änderungsanträge übernommen haben. Bei Treffen mit anderen Parlamentarier:innen erschien Nassauer regelmäßig in Begleitung von Lobbyist:innen des VCI sowie von Bayer und Dow Chemical. Auch der Verband selbst vermerkte im Jahresbericht 2005 erfreut, Nassauer habe die eigenen Vorschläge „weitgehend übernommen“.
[37]

Auf internationaler Ebene konnte der VCI auf die Unterstützung der US-Regierung zählen. In enger Abstimmung mit der amerikanischen Chemie-Lobby übte die Bush-Regierung Druck auf die EU aus und warnte vor Nachteilen für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Bericht der American Chemical Society beschreibt, wie US-Diplomaten in Brüssel gegen REACH intervenierten. Diese Aktivitäten basierten maßgeblich auf Argumenten der Industrie.
[38]

Auch auf höchster politischer Ebene veränderte sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Position zur REACH-Verordnung. Im Jahr 2001 forderten die Regierungschefs Gerhard Schröder (Deutschland), Tony Blair (Großbritannien) und Jacques Chirac (Frankreich) noch ausdrücklich höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als von der EU-Kommission vorgesehen. Zwei Jahre später folgte die Kehrtwende: In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi warnten dieselben Staatschefs vor negativen Auswirkungen der Verordnung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Beobachter:innen werteten diese Kursänderung als Reaktion auf den zunehmenden Druck seitens der Chemiebranche.
[39]

Im Laufe des Verfahrens setzten sich viele der von der Industrie geforderten Änderungen durch. So entfiel die Pflicht, besonders gefährliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen, weitgehend. Stattdessen reichte ein Nachweis, dass ein Unternehmen mit dem Stoff „ausreichend sicher“ umging.
[40] Auch die Zahl der zu registrierenden Stoffe wurde reduziert. Unternehmen mussten zudem weniger Sicherheitsdaten liefern und erhielten für viele Altstoffe Übergangsfristen von bis zu elf Jahren.
[41]

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete das Europäische Parlament die REACH-Verordnung in abgeschwächter Form. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft. Damit endete die bisher größte „Lobby-Schlacht“ – vorerst.
[42] Aus Sicht vieler Beobachter:innen markiert das Verfahren ein Beispiel für den erfolgreichen Einfluss industrieller Interessen auf europäische Gesetzgebung. Der VCI selbst sah sich durch das Ergebnis bestätigt und bezeichnete REACH später als grundsätzlich gelungen – allerdings mit weiterhin hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen.
[43]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand

- Präsident: Markus Steilemann, Covestro AG
- Vizepräsidenten: Christian Hartel, Wacker Chemie AG und Markus Kamieth, BASF SE
- Karsten Knobel, Henkel, AG & Co., KGaA

(Stand Februar 2025)

Quelle:^[44]

Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP

Mayer Brown LLP (ehemals Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP) ist eine internationale Wirtschaftskanzlei, die weltweit umsatzstarke Unternehmen und Finanzinstitutionen vertritt und die über enge Kontakte in Wirtschaft und Politik verfügt. In Deutschland hat die Kanzlei Büros in Düsseldorf und Frankfurt. Gegenüber Correctiv sagte ein ehemaliger Mitarbeiter über die Arbeit der Kanzlei: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“ ^[45]

Die Kanzlei fällt besonders durch ihre Verbindung zur chemischen Industrie und großen Unternehmen wie der BASF auf, die sie laut eigenen Angaben „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedenen Standorten weltweit unterstützt“ hat. ^[45] Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory sagte gegenüber Correctiv, Mayer Brown „werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern.“ ^[45]

Im Februar 2015 hat sich Mayer Brown ins Lobbyregister der EU eingetragen. Von 2015 bis 2020 gab die Kanzlei an, 150.000 Euro im Jahr für Lobbyismus auszugeben, im Jahr 2021 und 2022 nur noch 60.000 Euro und im Jahr 2023 zwischen 50.000 und 100.000 Euro. ^[46]

Ab 2005 war CDU-Kanzlerkandidat **Friedrich Merz** als Partner und von 2017 bis 2021 als Senior Counsel für die Anwaltskanzlei tätig. ^[47] Dabei soll Merz den Chemiekonzern BASF mehrmals als Anwalt vertreten haben (die entsprechenden Aufträge sollen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen). ^[45]

• **Wirken PFAS Regulierungsvorschläge der Europäischen Union 2023 - 2025**

Nachdem die Europäische Chemikalien Agentur ECHA im Februar 2023 einen Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot (umweltschädliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, die von vielen Chemiekonzernen hergestellt oder benutzt werden) veröffentlichte, zeigte sich die Kanzlei Mayer Brown in einer Pressemitteilung sehr kritisch. Das Verbot fuße auf weitgehend unbegründeten Annahmen, Vereinfachungen und Extrapolationen der Persistenz von PFAS und deren Zersetzung. ^[48]

Mayer Brown rief Unternehmen in dem Statement dazu auf, zu prüfen, ob sie von einem Verbot der Stoffe betroffen sein könnten und gegebenenfalls dagegen zu klagen. Das Team von Mayer Brown sei bereit, bei der praktischen Umsetzung und den möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschränkung von PFAS zu beraten, heißt es in der Mitteilung. ^[48]

• **Klagen gegen EU-Verbote von Chemikalien**

BASF gewinnt gegen EU bei Fipronil Verbot (2018)

Im Mai 2018 vertrat Mayer Brown BASF bei einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot des Pflanzengifts Fipronil, das die EU-Kommission 2013 zum Schutz von Bienen eingeführt hatte. Das Verbot wurde vom EU-Gerichtshof aufgehoben, da vorher keine ausreichende Risikoanalyse der Maßnahme stattgefunden habe. ^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [VCI-Website: Mitglieder](#), vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ neuer Quelle auf test.de von heute
3. ↑ [Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus](#), lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
4. ↑ [Pfas können im Körper schaden anrichten](#), srf.ch, 13.11.2024, abgerufen am 16.01.2025
5. ↑ [Kein Blutplasma von Spendern aus Altoetting](#), br.de, 05.01.2018, abgerufen am 16.01.2025
6. ↑ [Altötting Pfoa Deponiee](#), sueddeutsche.de, 09.11.2022, abgerufen am 16.01.2025
7. ↑ [Five European states call for evidence on broad Pfas restrictions](#)echa.europa.eu, abgerufen am 17.01.2025
8. ↑ [8.08,1 PFAS Chemikalien Lobby](#), tagesschau.de, 14.01.2025, abgerufen am 16.01.2025
9. ↑ [Chemie Spitzengespräch Pressemitteilung 189](#), bundeskanzler.de, 27.09.2023, abgerufen am 15.02.2025
10. ↑ [Gesundheitsgefährdende Ewigkeitschemikalie - TFA-Konzentration in Trinkwasser und Lebensmittel steigt](#)www.ardmediathek.de, abrufbar bis 09.07.2027, abgerufen am 10.07.2025
11. ↑ [tfa-einleitungen-in-den-neckar](#)gwf-wasser.de vom 08.07.2025, abgerufen am 10.07.2025
12. ↑ [chemikalieneintrag-in-gewässer-vermindern-TFA](#)umweltbundesamt.de, Publikation 11/2021, abgerufen am 04.08.2025
13. ↑ [Chemicals Strategy for Sustainability – Towards a toxic-free environment](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
14. ↑ [Konsultation zum Fahrplan der Folgenabschätzung: VCI-Position zur REACH-Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
15. ↑ [Consultation on targeted revision of REACH: VCI Position on the REACH Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
16. ↑ [Schutz vor schädlichen Chemikalien: Die EU-Kommission bricht ihr Versprechen](#) LobbyControl, 25.08.2023, abgerufen am 03.06.2025
17. ↑ [RE: Speaking request Chemical industry and Green Deal 8 Feb](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
18. ↑ [Meeting minutes: VCI and DG GROW 29 June 2022](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
19. ↑ [EU to drop ban of hazardous chemicals after industry pressure](#), The Guardian, 11.07.2023, abgerufen am 01.06.2025
20. ↑ [EPP Group Position Paper on fighting inflation and tackling the rise of energy and living costs](#), EVP-Fraktion, abgerufen am 01.06.2025
21. ↑ [Waiting for REACH – How the chemical industry's lobbying delayed action on hazardous chemicals](#), EEB/CHEM Trust, abgerufen am 01.06.2025
22. ↑ [Stellungnahme des VCI zur REACH-Revision an BMWK/BMUV](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025

23. ↑ [Scholz will PFAS-Ewigkeitschemikalien nicht verbieten](#), Deutschlandfunk, 23.03.2023, abgerufen am 01.06.2025
24. ↑ [September-Chemiegipfel im Kanzleramt – Statement zum ECHA-Beschränkungsverfahren zu PFAS: risikoasiert statt pauschal](#), pro-K, abgerufen am 01.06.2025
25. ↑ [BASF Position on PFAS](#), BASF, abgerufen am 01.06.2025
26. ↑ [VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus](#) etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
27. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [5. Internationale Klima & Energiekonferenz \(IKEK\) München - Programm](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
30. ↑ [5. IKEK München - Kurzbericht](#), eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.02.2016
31. ↑ [Präsentation der Rede](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
32. ↑ [Chemieindustrie hofft Klimaleugner](#) taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
33. ↑ [Umweltbundesamt Österreich: Die REACH-Verordnung](#) abgerufen am 1.6.2025
34. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
35. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
36. ↑ [Bundeskanzleramt: Rede von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zur REACH-Verordnung \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
37. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
38. ↑ [Chemical & Engineering News: US Lobbying REACH Assailed \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
39. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
40. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
41. ↑ [taz: Chemiereförmchen verabschiedet](#) abgerufen am 1.6.2025
42. ↑ [Irish Times: Watering down of EU chemicals law proves power of lobbyists](#) abgerufen am 1.6.2025
43. ↑ [VCI: Position zum REACH-Review \(2013\)](#) abgerufen am 1.6.2025
44. ↑ [Vorstand und Präsidium](#) vci.de, abgerufen am 02.03.2018
45. ↑ [45,045,145,245,³ Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org, 28.01.2025, abgerufen am 10.04.2025
46. ↑ [EU-Lobbyregistereintrag Mayer Brown Europe-Brussels LLP](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 10.04.2025
47. ↑ [CV Friedrich Merz](#), merz.cdu.de, abgerufen am 10.04.2025
48. ↑ [48,048,¹ EU Proposed Restriction on PFAS](#), mayerbrown.com, 28.02.2023, abgerufen am 10.04.2025
49. ↑ [General Court of the European Union Press Release No. 68/18](#), curia.europa.eu, 17.05.2018, abgerufen am 10.04.2025